

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses I vom 5. Oktober 2020

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 331 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Situation der Corona-Risikobewertung an den Grenzen der DG zu den benachbarten Regionen, Ländern und Bundesländern**

Der Nationale Sicherheitsrat beschloss am Mittwoch, den 23. September, die Deutschsprachige Gemeinschaft könne künftig bei der Corona-Risikobewertung als eine eigenständige Einheit gelten statt als untrennbarer Teil der Provinz Lüttich eingestuft zu werden.

Dies begrüßten weite Teile der hiesigen Öffentlichkeit sowie alle Altersgruppen der Bevölkerung. Dies stellt zudem aus Sicht der DG einen regelrechten Durchbruch dar, der aus politisch-strategischer Sicht nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Zu diesem Durchbruch dürfen wir Ihnen daher als SP-Fraktion unseren Glückwunsch aussprechen.

Parallel dazu haben sich auch weitere Politiker aus der Grenzregion gemeinsam für offene Grenzen eingesetzt. So vermeldete der BRF u.a. am 23. September, die Arbeitsgruppe EU-DG wolle Grenzschießungen für Ostbelgien verhindern.

Auch Stephan Toscani, Präsident des saarländischen Landtages, äußerte sich zu Corona und den Folgen für die Großregion. Ich zitiere aus dem diesbezüglichen Beitrag des BRF: „Die Corona-Krise habe nicht nur den großen Wert der engen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, sondern auch systemische Schwachstellen offengelegt, heißt es. Diese sollen vor einer nächsten Pandemie-Welle beseitigt werden.“

Nun häufen sich jedoch angesichts der in Belgien in den zurückliegenden Tagen - wie in unseren Nachbarländern - empfindlich gestiegenen Infektionszahlen die Befürchtungen, dass es erneut zu eventuellen Grenzschießungen kommen könnte.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Wie ist in diesem Zusammenhang der aktuelle Stand der Dinge?*
- *Wie gedenkt die Regierung vorzugehen, um eventuelle die DG und ihre Bevölkerung betreffende Grenzschießungen verhindern oder abfedern zu können?*
- *Könnten diesbezüglich unterschiedliche Handhabungen Anwendung finden, je nachdem welche Regionen, Länder oder Bundesländer derlei Grenzschießungen beschließen würden?*

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

- **Frage Nr. 332 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Digitalisierung der Verwaltung**

In Ihrer Regierungserklärung war ein kleiner Punkt die Digitalisierung der Verwaltung. Dazu wurde gesagt, dass die Verwaltung digital proaktiv auf die Bürger zugehen werde um sie zu informieren.

Vor dem Hintergrund der Digitalisierung ist der Schritt hin zu einer digitalen Verwaltung sicherlich sinnvoll, jedoch stellen wir uns Fragen in Bezug auf die Umsetzung und den Datenschutz:

- *Wie sieht der Umsetzungsplan für diese Entwicklung aus?*
- *Wie wird man konkret im Rahmen der Datenschutzbestimmungen verfahren, um auf digitale Kontaktierungsmöglichkeiten zuzugreifen?*
- *Wie wird die Zusammenarbeit mit den Gemeinden in diesem Projekt funktionieren?*

- **Frage Nr. 333 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum Kooperationsabkommen zwischen der Provinz und der DG über eine teilweise Übernahme der Finanzierung in der Hilfeleistungszone**

Das wallonische Regierungsabkommen sieht vor, dass sich die Provinzen im Süden des Landes stärker an den Kosten der Hilfeleistungszonen beteiligen. So sollen sie ab dem laufenden Jahr 20% dessen bezahlen, was bisher die Kommunen gezahlt haben. Der Anteil soll dann bis zum Jahr 2024 pro Jahr um 10% steigen, sodass die Provinzen ab dem Jahr 2024 60% des Gemeindeanteils zahlen würden.

In der GE Ausgabe vom 30.9.2020 konnte man folgendes lesen:

„Für die Hilfeleistungszone 6, die die neun DG-Gemeinden abdeckt, würde das bedeuten, dass die Provinz 2020 rund 436.000 Euro zusätzlich übernimmt. Das wäre eine bedeutende und absolut notwendige Entlastung der Finanzen unserer Gemeinden. Wenn man sich das Budget der Provinz Lüttich anschaut, wird deutlich, dass die Provinz diese Kosten ohne Einsparungen an anderer Stelle übernehmen kann“, erklärt die ECOLO Abgeordnete Anne Kelleter in einer Pressemitteilung. Das Problem sei bisher gewesen, dass auf der einen Seite der zuständige Wallonische Minister die Provinz Lüttich nicht anweisen wollte, die Finanzierung der Hilfeleistungszone 6, die die neun DG-Gemeinden umfasst, teilweise zu übernehmen, weil die Wallonische Region nicht für die DG-Gemeinden zuständig sei. Auf der anderen Seite könne die DG der Provinz Lüttich aber nicht sagen, wofür sie ihr Geld ausgeben soll, weil sie nicht für die Provinz zuständig sei. *„Diese Pattsituation wäre zum Nachteil der DG-Gemeinden gewesen. Ich bin deshalb sehr glücklich, dass Minister Dermagne in seiner Antwort auf meine Frage die Provinz ermutigt, ein Kooperationsabkommen mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft über eine teilweise Übernahme der Finanzierung der Hilfeleistungszone auszuhandeln“,* freut sich die ostbelgische Regionalabgeordnete.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Ministerpräsident:

- *Können Sie uns bestätigen, ob bereits Kontakte bestehen, die sich mit dem Aushandeln eines Kooperationsabkommen zwischen der Provinz und der DG über eine teilweise Übernahme der Finanzierung der Hilfeleistungszone befassen?*
- *Falls Ja, können wir davon ausgehen, dass der komplette Betrag von 436.000 € an die Hilfeleistungszone überwiesen wird?*
- *Falls Nein, werden Sie dann aus eigener Initiative die Gespräche suchen?*

• **Frage Nr. 334 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Finanzierung der Hilfeleistungszone 6**

Der Föderalstaat ist in den vergangenen Jahren seinen Verpflichtungen nicht in vollem Umfang nachgekommen und lässt den Hilfeleistungszonen (HLZ) nicht die versprochenen Mittel zukommen, sodass letztens Endes die Gemeinden dies ausgleichen müssen. Die Wallonische Region will daher ihre Provinzen in die Pflicht nehmen. Diese sollen die HLZ mit finanzieren, damit die Gemeinden nicht alle Finanzierungslücken übernehmen müssen. Bis 2024 sollen die Provinzen progressiv 60 % des Fehlbetrags übernehmen. In 2020 wären dies bereits 20 %, das wären für die 9 Gemeinden der HLZ 6 immerhin schon 436.000 €. Der zuständige Minister der Wallonischen Region, Herr Dermagne, sieht die HLZ 6 der DG-Gemeinden davon ausgenommen, da die DG hier für die Gemeindeaufsicht zuständig sei.

Im Juni diesen Jahres befragte ich Sie zu der Thematik. Sie sahen die WR sehr wohl in der Pflicht, da diese für die Provinzen zuständig sei. Ich warf auf, ob man nicht eine Lösung über das neue Zusammenarbeitsabkommen mit der Provinz Lüttich sein könne, ein Weg, der nicht Ihre Priorität war. Sie kündigten auch ein Treffen mit Minister Dermagne an. Dieses hat laut seiner Aussage in der Presse bisher nicht stattgefunden. Viel Konkretes haben wir seitdem nicht mehr vernommen.

Meine Kollegin im Wallonischen Parlament, Anne Kelleter, hat allerdings nicht locker gelassen und Minister Dermagne zu der Thematik und dem aktuellen Stand befragt. Ein Lösungsweg bahnt sich an, von dem wir bisher aus Ihrem Mund noch nichts vernommen hatten .

Mangels klarer Gesetzeslage will Minister Dermagne der Provinz Lüttich empfehlen, die HLZ zu berücksichtigen bzw. ihr genauso wie den anderen HLZ der Provinz die entsprechenden Mittel zukommen zu lassen. Meines Wissens steht die Provinz Lüttich diesem Anliegen positiv gegenüber.

Im Interesse der Gemeinden wäre es also gut, wenn die Provinz und die Regierung der DG in ihren schon fast traditionellem Zusammenarbeitsprotokoll diese Mittel für die DG-Gemeinden festhalten würden. So wäre es nicht mehr nur eine « Goodwill-Aktion » der Provinz.

Immerhin ginge es um Mittel, die bis 2024 auf weit über 1 Million Euro ansteigen. Meine Fragen daher an Sie, Herr Ministerpräsident :

- *Wird die Regierung der DG anstreben, die finanzielle Unterstützung der Provinz für die HLZ 6 der neun deutschsprachigen Gemeinden im neuen Zusammenarbeitsprotokoll fest zu halten, um unsere Gemeinden finanziell zu entlasten?*
- *Da dieses Zusammenarbeitsprotokoll noch in Verhandlung ist, wie wollen Sie sicher stellen, dass die deutschsprachigen Gemeinden die für 2020 erhofften Mittel (20%) noch dieses Jahr erhalten?*
- *Streben Sie an, dass die Gemeinden der HLZ 6 genau wie die anderen Gemeinden auch bis 2024 progressiv 60 % der nötigen Mittel von der Provinz Lüttich erhalten?*

• **Frage Nr. 335 von Herrn FRANSSSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur teilweisen Übernahme der kommunalen Dotation der Hilfeleistungszone 6 durch die Provinz Lüttich**

In einer jüngsten Sitzung des Parlamentes der Wallonischen Region hatte Herr Minister Dermagne seine Position bezüglich der Finanzierung der Hilfeleistungszone 6 bekräftigt, also dass die Wallonische Region nicht zuständig für die deutschsprachigen Gemeinden sei, und erklärt, dass er die Provinz Lüttich „ermutigen“ würde, mit der DG ein Abkommen über die Übernahme der Finanzierung der Hilfeleistungszone auszuhandeln.

Hierzu meine Fragen :

- *Wie ist der Stand der Dinge der Verhandlung über diese Fragestellung zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Regierung der Wallonischen Region ?*
- *Wie bewertet die Regierung den jüngsten Vorschlag von Minister Dermagne?*
- *Kann die Regierung der DG der Provinz die Finanzierung der Hilfeleistungszone der deutschsprachigen Gemeinden auch als Pflichtausgabe auferlegen?*

• **Frage Nr. 336 von Herrn FRANSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zu Homeoffice und Telearbeit in den Institutionen der DG**

Die Corona-Pandemie war und ist insbesondere für das Arbeitsleben eine große Herausforderung. Viele neue Arbeitsmethoden sind seither in den Vordergrund gerückt und rege genutzt worden, insbesondere die Arbeit im Homeoffice, kurz Telearbeit.

Damit der Lockdown das Arbeitsleben nicht in Gänze zum Erliegen bringen konnte, wurde massiv auf diese Möglichkeit des Homeoffices bzw. der Telearbeit gesetzt. Nicht zuletzt auch im öffentlichen Sektor.

Die Flure des Parlamentes, der Regierungsgebäude und des Ministeriums waren plötzlich sehr verlassen. Auch heute noch sind wir nicht zur vorherigen «Normalität» zurückgekehrt. Nichtsdestotrotz arbeiten die Dienste und Institutionen weiterhin mit vollem Einsatz und sind für die ostbelgische Bevölkerung da.

Hierzu meine Fragen:

- *Wie viele Personen haben wann in den unterschiedlichen Diensten von zu Hause aus gearbeitet?*
- *Wie bewertet das Personal die Telearbeit / Homeoffice als Arbeitsform?*
- *Welche Pläne existieren, Telearbeit und Homeoffice als Arbeitsform künftig dauerhaft und strukturell zu verankern?*

• **Frage Nr. 337 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zum föderalen Regierungsabkommen und zu dessen Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft**

Was sehr lange auf sich hat warten lassen, ist dann doch noch eingetreten: Belgien verfügt wieder über eine vollwertige Föderalregierung.

Dies stellt nicht nur für das gesamte Land sondern auch für die DG eine gute Nachricht dar, verfügen wir somit doch wieder über direkte Ansprechpartner auf föderale Ebene, um schon bald wieder verstärkt kooperieren sowie Abkommen und Vereinbarungen zum Wohle der Bevölkerung schließen zu können.

Das föderale Regierungsabkommen sieht u.a. gezielte Investitionen in die Gesundheit, die Wohlfahrt, den Klimaschutz und die Wiederankurbelung der Wirtschaft vor, nicht selten den massiven Folgen der Corona-Krise angepasst. Mittelfristig sollen ebenfalls weitere Schritte auf Ebene der Staatsreform vorbereitet werden.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Welche wesentlichen Schnittmengen erkennen Sie zwischen einerseits dem föderalen Regierungsabkommen und andererseits der jüngsten Regierungserklärung Ihrer Regierung?*

- *Wie wird Ihre Regierung konkret vorgehen, um kurz- und mittelfristig die bestmöglichen Formen der Zusammenarbeit zwischen den föderalen Instanzen und denen der DG zu gewährleisten?*
- *In welchen Bereichen sehen Sie diesbezüglich die besten Perspektiven zur maßgeschneiderten Weiterentwicklung der Autonomie der DG?*